Verantwortliche Redakteure
für den politischen Theil:
C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Roeckner,
für den übrigen redaktionellen Theil:
H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
O. Knorre in Posen.

Abend-Ausgabe.



Posener Zeitung.

Sechsundneunzigster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief.
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8,
in Gnesen bei S. Chraplewski,
in Meseritz bei Ph. Matthias,
in Wreschen bei J. Jadesohn
u. bei den Inseraten-Annahmestellen
von G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse
und „Invalidendank".

Nr. 778.

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Mittwoch, 6. November.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1889.

Amtliches.

Berlin, 5. November. Der König hat der Wahl des Direktors des Realgymnasiums in Halberstadt, Dr. Hubatsch, zum Direktor des in der Entwickelung begriffenen Realgymnasiums in Charlottenburg die allerhöchste Bestätigung ertheilt.

Der König hat dem Landes-Bauinspektor Karl Julius Otto Bindewald zu Stendal den Charakter als Baurath, dem Rittergutsbesitzer Müller auf Gurzno, Kreis Lissa i. P., Mitglied der Ansiedelungs-Kommission für Westpreußen und Posen, den Charakter als Landes-Oekonomierath, dem Kreisphysikus, Sanitätsrath Dr. Lindow in Prenzlau den Charakter als Geheimer Sanitätsrath und dem praktischen Arzt Dr. Hertz zu Königsberg in Pr. den Charaktar als Sanitätsrath verliehen.

Dem Oberlehrer am Friedrichs-Gymnasium zu Berlin, Dr Richard Engelmann, ist das Prädikat „Professor" beigelegt worden.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 5. November, 1 Uhr.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Lesung des Sozialistengesetzes.

Abg. Dr. Reichensperger (Centrum). Auf der Tribüne nur sehr schwer verständlich). Wenn man die Bestrebungen der Sozialdemokraten auch nicht als ungefährlich bezeichnen kann, so hat die Erfahrung doch gezeigt. daß solche Ausnahmegesetze nicht die gewollte Wirkung haben. Es heißt, daß gewisse Parteien leichten Herzens für die jetzige Vorlage stimmen wollen, weil sie im Bundesrath geprüft und aus Gründen der Staatserhaltung für nothwendig befunden worden ist. Der Bundesrath kann aber nicht Autorität für uns sein; denn er hat in der Wirthschaftspolitik, wie in der Sozialpolitik und auf anderen Gebieten Tendenzen verfolgt, die sich nicht als staatserhaltend, sondern als das Gegentheil erwiesen haben. Unter diesem Gesetz haben nicht nur die sozialdemokratischen Arbeiter, sondern die Gesammtarbeiterbevölkerung, die noch nicht von sozialistischen Einflüssen berührt ist, zu leiden. Auch die Bestrebungen dieser loyalen Arbeiter nach Besserung ihrer Lage werden von dem Sozialistengesetz getroffen. Dafür liegen Beweise in Menge vor.

Heute liegt außerdem die Sache anders, als beim Erlaß des ersten Sozialistengesetzes. Die Aufregung in jenen Jahren und die Leidenschaft der Arbeitermassen unter der sozialdemokratischen Agitation ist nicht abzuleugnen. Seit der Zeit ist aber Enttäuschung in weiten Arbeiterkreisen eingetreten.

Wenn man den Stimmen in der Presse Glauben schenken kann, so sind im Bundesrath die Meinungen über die zukünftige Gestaltung des Gesetzes sehr getheilt gewesen. Man soll unklar gewesen sein, ob man die Ausnahmebestimmungen aufheben soll oder ob man die Tragweite derselben noch verschärfen soll. Die uns gemachte Vorlage zeigt ja auch in einzelnen Bestimmungen Milderungen, in anderen ist sie aber allerdings noch verschärft.

Die Frage der Milderung oder Verschärfung wird ja noch näher zu erklären sein; aber unter allen Umständen halte ich es für geradezu undenkbar, daß der Reichstag dieses Ausnahmegesetz auf eine unbestimmte Dauer bewilligen kann. Die Motive nehmen ja unter verschiedenen Voraussetzungen selbst die Möglichkeit einer Aufhebung des Sozialistengesetzes in Aussicht, wenn zum Beispiel die Wirkung der sozialpolitischen Gesetzgebung die Arbeitermassen dem Einfluß der sozialdemokratischen Agitation entzogen haben sollte. Jedenfalls meine ich, daß aber auch der Reichstag sich die Prüfung vorbehalten muß, ob das Bedürfniß für eine Verlängerung noch vorliegt. Diese Möglichkeit würde aber dem Reichstage genommen sein ohne eine Fristbestimmung im Gesetze. Sie können den Bundesrath nicht zwingen, ein Ausnahmegesetz fallen zu lassen, wenn nach Meinung des Reichstages ein Bedürfniß nicht mehr vorliegt. Denken Sie nur an die vom Reichstag wiederholt beschlossene Aufhebung des Expatriirungsgesetzes, der die Regierung trotzdem keine Folge gegeben hat.

Die sozialdemokratische Agitation ist in der Hauptsache durch äußere Einflüsse gefördert worden. Wie steht es mit der staatlichen Volksschule? Man begnügt sich hier nicht mit dem Nothwendigen; die Kinder des Volkes werden mit einer Unmasse von Halbwissen behelligt, treten dann ins Leben und müssen sich naturgemäß der Unzufriedenheit in die Arme werfen. Die jungen Leute ziehen sich nach den großen Städten und versinken dort in den Sumpf der Demokratie. Auch der Religionsunterricht weist subjektive und objektive Mängel auf. Daher kommt es, daß dem Volke jeder Glaube fehlt, jeder Glaube an Gott, an Unsterblichkeit und an eine ausgleichende Gerechtigkeit. Der Unglaube hat die Leute zum Pessimismus getrieben und von da zur Sozialdemokratie.

Ohne die sozialdemokratische Agitation würde aber anderenfalls auch die sozialpolitische Gesetzgebung nicht ins Leben gerufen worden sein, wenigstens nicht in diesem Umfange. Welchen Eindruck muß es nun in den Arbeiterkreisen machen, wenn derselbe Reichstag diese Agitation mundtodt machen will, die doch immerhin in gewissem Umfang dem Arbeiterstand genützt hat. Derselbe Reichstag, welcher wiederholt mit überwiegender Majorität Arbeiterschutzgesetze beschlossen hat, denen der Bundesrath seinerseits allerdings keine Folge gegeben hat?

Durch das Sozialistengesetz werden auch die Bestrebungen der Arbeiter auf Besserungen in Bezug auf Arbeitslohn und Arbeitszeit zum Theil unmöglich gemacht sein, denen schon so höchst bedenkliche Koalitionen der Arbeitnehmer gegenüberstehen. Neuerdings erst hat sich in Westfalen eine Koalition von Zechenbesitzern gebildet, die keinen Arbeiter mehr in Lohn und Brot nehmen wollen, der nicht die schriftliche Genehmigung seines früheren Arbeitgebers zum Austritt aus der Arbeit vorzeigen kann. Durch solche Maßnahmen werden die Gegensätze ohne Grund verschärft. Es wird sogar die Freizügigkeit für den Arbeiter beseitigt. Weit nothwendiger wäre es, ein drakonisches Gesetz gegen die Koalition der Arbeitgeber zu erlassen. Wer will sich wundern, wenn die Arbeiter, die zu Sklaven gemacht werden, die ihr Brot nicht verdienen können, Sozialdemokraten geworden sind. Eins ist vor Allem nöthig: Der Arbeiter fordert Opferwilligkeit und Hingabe des Arbeitgebers an seine persönlichen Schicksale. In der letzten westfälischen Strikebewegung war nicht die allgemeine politische Lage Hauptgegenstand der Klage, sondern persönliche Härten und Ungerechtigkeiten. Von autoritativster Stelle ist diese Forderung als wohl berechtigt anerkannt worden und die Worte an die westfälischen Arbeitgeber sind dankenswerth und müssen befolgt werden. Mögen die Arbeitgeber nach dem Worte handeln: Laßt uns besser werden und Alles wird besser sein! (Sehr wahr! im Zentrum.) Auf diesem Boden wird auch die kaiserliche Botschaft erst ihre wahren Früchte zeigen können. Die Industrie muß etwas mehr thun für ihre Arbeiter, dann werden auch manche Gegensätze, die jetzt zur Erbitterung führen, sich ausgleichen lassen, die Industrie darf nicht verkennen, daß sie durchaus die ihr entstehenden neuen Lasten ebenso auf sich nehmen muß, wie z. B. der preußische Grundbesitz die ihm von der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung aufgelegten noch viel schwereren Lasten getragen hat.

Eine Aufhebung des Gesetzes würde keineswegs die sozialdemokratische Agitation wüster machen. Dazu sind die sozialdemokratischen Führer viel zu klug, denn sie wissen, daß es dann mit der Herrschaft des gemeinen Rechts für sie vorbei sein würde und daß sofort wieder neue Ausnahmemaßregeln gegen sie getroffen werden würden. Ich bitte Sie, das Gesetz nicht zu verlängern, damit nicht in weiten Kreisen des Arbeiterstandes der Glaube an Recht und Gerechtigkeit erschüttert wird. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. v. Cuny (nl.): Wir treten eben so wenig wie der Vorredner leichtherzig an die schwere Entscheidung heran. Ich weise zunächst die Verdächtigung zurück, als ob dieses Gesetz gerichtet wäre gegen den Arbeiterstand. Es ist auch nicht gerichtet gegen die Sozialdemokraten als solche. Wir meinen auch nicht, daß die gegenwärtige sozialpolitische Lage nicht der Abhilfe bedarf, das hat meine Partei gezeigt bei dem letzten sozialpolitischen Gesetze über die Alters- und Invaliden-Versicherung. Dieses Gesetz ist lediglich gerichtet gegen die Umsturzbestrebungen aus den Kreisen der Sozialdemokratie heraus, deren sich ein jeder Staat selbst erwehren muß. (Abg. Bebel: Strafgesetzbuch!) Der Vorredner hat keinen Beweis beigebracht, daß die Verhältnisse jetzt anders geworden sind als jene, welche den Erlaß des Sozialistengesetzes nothwendig machten. Sind Sie (zum Zentrum) überzeugt, daß nicht wieder derselbe Zustand eintreten wird in der Presse und in den Vereinen, den wir vor 1878 kennen gelernt haben? Wir haben diese Ueberzeugung nicht, und können darum die Frage, ob Gegenmaßregeln zu billigen sind, nicht verneinen.

Schon vor zwei Jahren hat mein Fraktionsgenosse v. Maquardsen es als wünschenswerth bezeichnet, daß nach zwei Jahren übergegangen werde zu einer dauernden Regelung, und er hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß unter der dauernden Regelung durchaus nicht die Verewigung des Sozialistengesetzes gemeint und verstanden sein solle, aber er hat es als eine offene Frage hingestellt, ob man ein Spezialgesetz erlassen oder zum allgemeinen Recht zurückkehren solle. Für das jetzt verlangte dauernde Gesetz sprechen gewiß schwerwiegende Gründe. Die zeitweilige Giltigkeit aller auf Grund des Sozialistengesetzes erlassenen Verfügungen ermuthigt den Widerstand gegen dasselbe und berechtigt zu der Hoffnung, daß die Zeit seiner Aufhebung nicht mehr fern sei, und auch die fortwährend wiederkehrenden Debatten in diesem Hause sind keineswegs frei von bedenklichen Momenten. Andererseits aber erscheint doch der Vorzug zeitweiliger Gesetze auch bedeutend genug, der darin beruht, daß jeder Reichstag in die Lage kommt, seinerseits zu prüfen, ob ein Bedürfniß vorhanden sei, die gewährte Vollmacht wieder von Neuem zu gewähren. Die zeitweilige Erneuerung enthält für den Reichstag eine wichtige Kontrole über die seitherige Handhabung des Gesetzes. Immerhin bleibt die Entscheidung darüber, ob wir ein vorübergehendes oder ein dauerndes Gesetz machen wollen, für uns so lange vorbehalten, bis wir das Gesetz in seiner schließlichen Gestaltung vor uns haben. Zu übersehen ist nicht, daß Manches, was als Spezialgesetz bezeichnet worden ist, in der Wirklichkeit gemeines Recht ist. Bei einer ganzen Anzahl von Fällen, in denen gegen Sozialdemokraten vorgegangen wurde und wo denselben angeblich Unrecht geschehen sein soll, handelt es sich um Anwendung von Bestimmungen des Strafgesetzbuches. Zahlreiche Strafverfolgungen und Urtheile haben auf Grund der Paragraphen desselben stattgefunden. Diese Bestimmungen sind keineswegs gegen irgend eine Partei gerichtet, auch keineswegs gegen die Sozialdemokraten. Der Gedanke aber, fernerhin lediglich auf dem Boden des gemeinen Rechts Abhilfe zu schaffen, stößt auf zwei Gefahren: entweder würden Bestimmungen gegeben werden, die sich als unwirksam erweisen oder, wenn man dieser Gefahr ausweichen will, würden Bestimmungen nothwendig sein, durch welche die politischen Freiheitsrechte der ganzen Nation in einer Weise gefährdet würden, welche für die geistige und materielle Entwickelung verhängnißvoll werden könnte. Manche Bestimmungen des Sozialistengesetzes leiden an diesen beiden Fehlern.

Wir sehen darum ein dauerndes Spezialgesetz als erforderlich an. Allerdings tritt dann die Frage an uns heran, inwieweit eine Revision des bisherigen Gesetzes nothwendig wird. Die Kommission wird mit vollständig freier Hand zu prüfen haben, welche Bestimmungen sich etwa zur Aufnahme in ein dauerndes Gesetz eignen und welche nicht. Ich habe persönlich schwere Bedenken dagegen, ob der jetzige § 28 (Belagerungszustand) sich zu einer dauernden gesetzlichen Bestimmung eignen würde. Man kann allerdings sagen: ja, wer sich mit umstürzlerischen Bestrebungen einläßt, der muß sich über seine Situation klar sein und muß sich sagen, daß er Gefahr läuft, daß der § 28 mit der Ausweisung und allen ihren Konsequenzen ihn trifft. Indessen giebt es kaum eine Bestimmung, die so durchaus diskretionär gehandhabt wird, wie diese. Es ist ein äußerst weiter Spielraum dem individuellen Ermessen der Verwaltungsbehörde gelassen. Diese Bedenken werden auch dadurch nicht beseitigt, daß das Beschwerdeverfahren gegen die Ausweisungen nach dem neuen Entwurf anders konstruirt wird, und daß nicht mehr, wie früher, nur die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zuläßig sein soll, sondern gegen die Ausweisungen die Beschwerde an den Oberpräsidenten und eventuell an das Oberverwaltungsgericht stattfinden soll. Aber die Möglichkeit der Ausführung erscheint mir als außerordentlich zweifelhaft wegen der großen Unbestimmtheit des Thatbestandes. Wie kann das Oberverwaltungsgericht entscheiden, ob wirklich die Voraussetzungen, unter welchen die Landespolizeibehörden von der Ausweisungsbefugniß Gebrauch machen, vorhanden sind? Schwerwiegender noch ist das Argument, daß nämlich durch die Ausweisungen die Umsturzbestrebungen in weitere Kreise getragen werden, die bisher in geringerem Maße davon ergriffen waren. Angesichts dessen bin ich gegen die Aufnahme der Ausweisungen in der gegenwärtigen Form in ein dauerndes Gesetz.

Dagegen würde ich es für nothwendig halten, diejenigen Bestimmungen aufzunehmen, die sich gegen die Vereine, Versammlungen und die Presse richten. Diese Agitationsmittel würden von den betreffenden Agitatoren, wenn wir diese Maßregeln schlechthin beseitigen würden, in derselben Weise vielleicht noch schlimmer gebraucht werden, wie es vor 1878 geschehen ist. Wenn jene Agitatoren ans Ruder kämen, so würde nicht lange mehr von Vereins-Versammlungs- und Preßfreiheit die Rede sein. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen. Abg. Bebel: Probiren Sie es doch. Heiterkeit.) Das Gesetz enthält bereits eine Milderung in dem Verbot der Druckschriften; erst das zweite Verbot soll das weitere Erscheinen inhibiren. Eine andere Milderung war dahin zu erkennen, daß die Beschwerde gegen dieses zweite Verbot eine aufschiebende Wirkung hat, daß also die Zeitung, bis über die Beschwerde entschieden ist, weiter erscheinen kann.

Der Uebergang vom Ausnahmegesetz zum gemeinen Recht wird wesentlich dadurch erleichtert werden, wenn wir das Verfahren möglichst dem gemeinrechtlichen Verfahren anpassen, also allgemeine Garantien nach Möglichkeit schaffen, die das gemeine Recht giebt und in dieser Richtung macht die Vorlage einen sehr anerkennenswerthen Anfang, indem sie die Klausel hat fallen lassen, daß die Beschwerde nur an die Aufsichtsbehörde gehen soll. Zugleich aber wünschte ich eine anderweitige Regelung der Entscheidung der Verwaltungsbehörde. Die Verwaltungsbehörden sind Organe der Einzelstaaten. Die Polizei-Verfügungen, über die Sie zu entscheiden haben, reichen zum Theil über das Gebiet der Einzelstaaten hinaus und gehen auf das ganze Reich. Darum wäre es nothwendig, eine Reichsbehörde zu schaffen. Es sind bereits Vorschläge gemacht worden, aus der jetzigen Reichs-Beschwerde-Kommission einen Verwaltungsgerichtshof zu machen, und die Mitglieder sollen ja in der That zum größten Theil Mitglieder von Gerichtshöfen sein. Sie bleibt aber immerhin eine Spezial-Kommission. Hätten wir einen höchsten Reichsverwaltungsgerichtshof, so könnten wir diesem die Zuständigkeit in diesen Fragen überweisen. Ich beantrage Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Liebknecht (Soz.-Dem.): Uns ist es ganz egal, wie das Ausnahmegesetz heißt. Trotz aller Ausnahmegesetze steht die sozialdemokratische Partei denn doch etwas lebendiger da als die Partei, der der Herr Vorredner angehört. Die nationalliberale Partei wagt es ja nicht einmal, mitten in der Wahlagitation öffentliche Versammlungen abzuhalten. Wir haben uns von jeher keinen Illusionen hingegeben, und wenn heute auf das Wort „ewig" so großer Werth gelegt wird, so haben wir unsererseits diese Ewigkeit in Ihrem Sinne bereits eskomptirt. Sie verlängern das Gesetz, so lange es eben zu verlängern geht. Das Gesetz wird nicht eher fallen, als bis das gegenwärtige politische System in Deutschland überhaupt fällt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Alle wesentlichen Bestimmungen des alten Sozialistengesetzes sind beibehalten worden und sogar bedeutende Verschärfungen in das neue Gesetz hineingebracht. (Sehr richtig!) Die Ausweisungen werden jetzt auf ewige Zeiten verfügt. Denn es ist vorgeschrieben, daß die oberste Polizeibehörde die Ausweisungen ausdrücklich zurückziehen soll. Das ist also keine Milderung, sondern eine Verschärfung.

Wie kann von Rechtsgarantien die Rede sein bei einem Ausnahmegesetz! Ausnahmegesetz heißt, die Willkür zum Gesetze erheben, aus Unrecht Recht machen, und Rechtsgarantien bei einem Ausnahmegesetz ist ein Nonsens.

Ob Reichsgericht oder Reichsverwaltungsgericht ist gleichgiltig. Darauf legen wir keinen Werth, auch macht es uns keinen Unterschied, ob eine Zeitung nach dem Verbot der ersten Nummer am Weitererscheinen behindert wird oder erst 24 Stunden warten soll, um zum zweiten Mal verboten zu werden, und wenn man für das zweite Verbot aufschiebende Wirkung verlangt, so behaupte ich, daß die Herren von der Polizeibehörde sich darauf gar nicht einlassen werden. In einem amtlichen Schriftstück erklärt es die sächsische Regierung für einen Unsinn, in ein polizeiliches Gesetz aufschiebende Wirkung hineinzulegen. Hat denn in den meisten Fällen bei Verboten die Beschwerdekommission etwas genützt?

Wie ist denn das Sozialistengesetz zu Stande gekommen? Lediglich auf Hödels Attentat hin, ohne zu wissen, wer Hödel war, telegraphirte sofort nach dem Attentat Fürst Bismarck: „Maßregeln gegen die Sozialdemokratie", und als dann das erste Sozialistengesetz abgelehnt wurde, wurde der Reichstag aufgelöst, und später das andere dadurch angenommen, daß man die Sozialdemokraten als eine Mörderbande hingestellt. Ohne die Attentate wäre das Sozialistengesetz gar nicht möglich gewesen. Und doch war Hödel ein Anhänger des Herrn Stöcker und in einer preußischen Regulativschule erzogen. Auch Nobiling hat nichts mit der Sozialdemokratie zu thun gehabt. So lange er bei Sinnen war und einer Partei angehört hat, war er nationalliberal (Heiterkeit.) Als dann diese Lügen über die Sozialdemokratie nicht mehr zogen, wurde man etwas vorsichtiger und sagte: man muß einen Damm bauen, damit die sozialdemokratische Agitation nicht gar zu sehr ins Ungemessene geht. Aber auch das ist nicht stichhaltig. Im Einzelnen mag ja wohl hier und da ein scharfes Wort gefallen sein, aber ich bestreite, daß die Sozialdemokratie vor 1878 irgendwie besonders schroffe Formen angenommen hatte. Wir bleiben stets die Gleichen; was wir heute sagen, sagten wir damals, und umgekehrt; wir gleichen nicht anderen Parteien, die auf- und niedergehen wie kartesianische Teufelchen. Unsere Partei hat sich zudem immer mehr gemäßigt. Sobald wir die Waffen des allgemeinen Stimmrechts und der Koalition gebrauchten, haben wir uns auf den Boden der gegebenen Verhältnisse begeben.

Das Gesetz ist unter falschen Vorspiegelungen erlassen worden. Wenn man ehrlich sein wollte, mußte man es alsbald aufheben, Cessante causa cessat defectus. Das ist nicht geschehen, und daraus folgt, daß andere Gründe für die Verlängerung maßgebend gewesen sind. Die Mittheilung des „Hamburger Korrespondenten", daß die Auflösung des Reichstags ein defensiver Schachzug war gegen die damalige liberale Mehrheit, ist die Wahrheit. Zu diesem Zwecke mußte das sozialistische Schreckgespenst erzeugt werden, damit man einen willigen Reichstag bekäme. Die Herren rechts drohen den Nationalliberalen heute ja auch mit der Wiederholung, wenn sie nicht mitmachen, also hic Rhodus, hic salta, hier ist der Stock. (Große Heiterkeit.)

Was ist durch das Gesetz erreicht? Nach 11jährigem Kampf stehen

wir als Sieger da, wir sind stärker geworden von Wahl zu Wahl. Die sozialdemokratische Partei ist in Deutschland die stärkste und bestorganisirte. Die neue Vorlage beweist aufs beste, daß Sie immer noch auf demselben Punkte stehen wie vor 11 Jahren, und daß Sie wieder von vorn anfangen müssen. Sie haben die sozialdemokratische Partei nicht zerstört, Sie haben ihr eine andere Organisation aufgenöthigt; aber sie ist dabei kräftiger geworden. Haben Sie irgend etwas von sozialdemokratischen Unruhen und Exzessen gehört? Das erklärt sich daraus, daß wir die Leute nicht demagogisch behandelt, sondern belehrt, aufgeklärt haben. Oder meinen Sie, wenn wir nach dem Muster nihilistischer Agitatoren verführen, wie uns fälschlich oft vorgeworfen wird, daß dann noch ein einziger der Väter des Sozialistengesetzes am Leben wäre? Sie haben eine herrliche Schule geschaffen. Aber das Gesetz hat auch für eine andere Seite erziehliche Wirkung gehabt, es hat die Lockspitzeleien in Deutschland gezüchtet. Der Minister sucht sie von sich abzuschütteln, und ich bin überzeugt, daß er es ehrlich meint. Es gelingt ihm aber nicht, die Lockspitzel hängen ihm an den Rockschößen, er wird sie nicht los, so lange er Minister des Innern unter dem Ausnahmegesetz bleibt. Sie werden noch Ihr blaues Wunder erleben, wenn wir Ihnen mit Thatsachen kommen, mit Leuten, die zum Hochverrath, zum Landesverrath, zu Majestätsbeleidigungen uns aufzustacheln versucht haben. Das ist eine Blüthe von dem Giftbaum des Sozialistengesetzes! Ich will gegen die deutschen Gerichte nichts sagen. Ich glaube, daß die deutschen Richter nach Pflicht und Gewissen urtheilen, aber der Richter kann sich der Zeit, in der er lebt, nicht entziehen, er wird unter dem jetzigen System zur Einseitigkeit geführt. Wenn man uns beikommen kann auf dem Boden des gemeinen Rechts, warum hält man denn fest an dem Sozialistengesetz? Doch nur, weil man die Rechtsgarantieen des gemeinen Rechtes nicht will, die Willkür nicht ausschließen mag. Erst das Sozialistengesetz hat künstlich Handlungen zu Verbrechen gemacht, die jede andere Partei ungestraft begeht, erst das Sozialistengesetz verbietet uns das zu thun, was sonst Menschenrecht und Menschenpflicht ist. Man hat die Sozialistenprozesse verglichen mit den Hexenprozessen des Mittelalters. Der Vergleich ist ungerecht für den Richter. Damals handelte es sich auch um künstliche Vergehen; aber damals glaubte die ganze Welt an die Thatsächlichkeit derselben. Mit uns ist es anders. Die wissenschaftliche Welt, soweit sie aufgeklärt ist über die Ziele der Sozialdemokratie, giebt der Sozialdemokratie Recht.

Daß da die Ueberzeugung im Arbeiterstand sich Bahn brechen muß, daß man bei dem deutschen Richter kein Recht mehr findet, ist wohl klar. Der Minister des Innern kann auch die allerbesten Reskripte erlassen, er müßte mehr wie ein Wunder thun, wenn er feste klare Normen schaffen könnte für die Ausübung eines Gesetzes, welches seiner Natur nach alles in das subjektive Ermessen eines Verwaltungsbeamten stellt. Und nicht bloß uns Sozialdemokraten trifft das Gesetz, sondern es wird als Waffe in immer weiterem Bogen geschwungen. Ich erinnere an die Verfolgung der „Freien Glocken“ und der „Volkszeitung“. Selbst die Begründung jener Verfügung, die das letztere Verbot aufhebt, ist interessant, weil dort geradezu gesagt wird: Die zitirten Stellen sind zwar nicht sozialdemokratisch, aber an anderen Stellen tritt der auf Umsturz gerichtete sozialdemokratische Charakter zu Tage. Es wird also geradezu ein Rezept gegeben, wie man das Blatt doch fassen kann. Halten Sie denn den jetzigen Staat für so schwach, daß er gegen uns eines Ausnahmegesetzes bedarf? Wir wissen es besser, daß die bürgerliche Gesellschaft und der Staat Macht genug hat, Jedem den Schädel zu zermalmen, der mit dem Kopf gegen die Wand rennt. Aber Sie brauchen das Gesetz, um die Vertretung aller Ideen mundtodt zu machen, die Ihnen unbequem sind. Es wird jetzt so viel vom sozialen Königthum gesprochen. Aber haben denn nicht gerade Sie (rechts) den Monarchen geradezu in den Parteikampf hineingezogen, daß man nicht mehr von einem unparteiischen Kampfe sprechen darf? Ist es nicht die Rechte gewesen, die den Nimbus der Unparteilichkeit der Krone zerstört hat? Wenn es ein Land giebt, wo man vom sozialen Königthum durchaus nicht sprechen kann, so ist es Deutschland, wo die Krone gerade zur Partei gemacht ist.

Präsident v. Levetzow erklärt die letzte Aeußerung für unzuläßig.

Abg. Liebknecht (fortfahrend): Als der Bergarbeiterstrike war, haben sich die Bergarbeiter im Vertrauen auf das soziale Königthum an den Monarchen gewandt, und wie sind sie empfangen worden? Es wurde ihnen gesagt: „Wenn Ihr nicht Ordre parirt, lasse ich alles über den Haufen schießen.“ Der König sagte bei dieser Gelegenheit zugleich, er werde für die Bergarbeiter eintreten, wenn sie ordentlich blieben. Nun, ordentlich sind sie gewiß geblieben, aber was ist geschehen? Ist denn die Lage der Arbeiter wesentlich besser geworden, sind die ausgesprochenen Absichten verwirklicht worden? Nein, es ist wesentlich alles beim Alten geblieben, die Kohlenbarone haben die Worte des Kaisers für nichts erachtet, der Klassenstaat ist eben mächtiger als ein selbst noch so mächtiger Monarch. Ich bin während des Dockarbeiterstrikes in London gewesen und habe mit den Führern der Bewegung verkehrt. Das war genau dieselbe elementare Bewegung auf Seiten der Arbeiter wie bei unseren Strikes, aber von der Angst, daß sich Hunderttausende von Arbeitern in Bewegung setzen, war in England keine Spur. Die Herren blieben völlig gleichgiltig, ließen die Koalitionsfreiheit bestehen und ließen die Dockarbeiter das thun, wozu sie ein Recht hatten. Bei uns herrscht die Aengstlichkeit, die aus der ganzen modernen Gesetzgebung überhaupt spricht. Geben Sie uns die Freiheit, wie sie England hat, und Sie werden auch hier ähnliche Zustände haben. So ist auch erst, seitdem den englischen Arbeitern die Koalitionsfreiheit gegeben wurde, die Arbeiterbewegung friedlich und gesetzlich.

Seit der Sozialreform haben Sie keinen Arbeiter der Sozialdemokratie entzogen. Man nennt uns staatsfeindlich. Wer hat hier das Recht, zu sagen: Ich bin der Staat? Der Staat sind wir alle, aber in dem Staate herrscht eine Partei, und diese sind Sie. Wir bekämpfen Sie aufs äußerste. Darum sind wir aber nicht auch Feinde des Staats, wir wollen ihn erst zu einer Wohlthat für das gesammte Volk machen. Sie sagen: der Staat gehört uns! Wir wollen den Rechtsstaat, eine Organisation der Gesellschaft schaffen. Ihre Gesetzgebung geht darauf hinaus, einer kleinen Minorität Vortheile zu verschaffen und die große Majorität, damit sie nicht Opposition macht, zu knebeln. Wir sind die staatserhaltende Partei (Lachen rechts). Denn wir wollen den organischen Fortschritt. Sie rechnen auf mechanische Hilfsmittel, auf Polizei und die Soldaten. Aber mit physischer Gewalt wird kein Staat erhalten. Wir sagen, die ökonomischen Verhältnisse sind heute dergestalt entwickelt, daß ihnen die bürgerliche Ordnung nicht mehr genügt.

Wir wissen, daß es eine Thorheit wäre, wenn wir Gewalt gebrauchten. Sind die ökonomischen Verhältnisse unhaltbar, dann werden mit Nothwendigkeit neue kommen. Wir wehren uns nur unserer Haut, nicht mit bloßen Redensarten, aber wir sind gegen die Gewalt, weil es unmöglich ist, Kulturfortschritte durch Gewaltpolitik zu erzielen. Für uns handelt es sich darum, den Staat zu sozialisiren, der heutige ist anarchistisch konstruirt und findet in Ihnen seine Vertheidiger. Die Stunde ist da, wo es sich entscheiden muß, ob die Welt sozialistisch wird, oder anarchistisch bleibt. Ich verwahre mich gegen den Vorwurf, daß wir unser Vaterland weniger liebten als Sie. Wir sind tausend Mal bessere Patrioten als Sie und dienen unserem Vaterlande ehrlich. Mit dem Sozialistengesetz haben Sie gründlich Bankerott gemacht; trotz alledem wird die soziale Revolution durchgeführt werden, das verhindern Sie nicht; Sie verhindern höchstens, daß die soziale Revolution sich in gesetzlicher Form vollzieht.

Als vor gerade 100 Jahren in Frankreich sich ein revolutionärer Zug im dritten Stande regte, da riethen die weiter blickenden Politiker in Preußen, mit Reformen vorzugehen, ehe die Revolution sie abnöthigte; aber man hörte nicht auf sie. Da kam die Niederlage in der Champagne und dann die Niederlage von Jena, aber nach der Schlacht von Jena hörte man auf jene Staatsmänner und schuf für den dritten Stand die soziale Revolution der Städteordnung. Wir haben viele siegreiche Schlachten geschlagen, aber auf die Dauer dürfen Sie sich nicht auf das Schwert stützen. Sie stehen jetzt am Scheidewege. Verlassen Sie die Bahn, in der Sie sich bewegen, sonst ist die Katastrophe unausbleiblich. Ich appellire nicht an Ihr Gefühl; aber bedenken Sie das Interesse des Vaterlandes und Ihr eigenes Interesse. Die Entscheidung, die Sie fällen, ist eine verhängnißvolle, die Sie nicht mehr gut machen können. Staaten zerstören ist leichter als Staaten gründen. (Sehr richtig! rechts.) Und nun thun Sie, was Sie nicht lassen können; wir werden unsere Schuldigkeit thun. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird die weitere Berathung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Schluß 4¼ Uhr.

Deutschland.

*** **Berlin,** 5. November. Wie aus Mittheilungen englischer Blätter hervorgeht, hat es mit dem Protest Lord Salisbury's gegen die Proklamirung der deutschen Schutzherrschaft zwischen Witu und Kismaju eine besondere Bewandtniß. Wie man sich erinnert, hat der „Reichsanzeiger“ mitgetheilt, daß die Unterstellung jenes Gebiets unter den Schutz des deutschen Reichs vorbehaltlich der wohlerworbenen Rechte Dritter erfolgt sei. An diesen Vorbehalt soll Lord Salisbury angeknüpft haben unter Hinweis auf die Rechte, welche englische Gesellschaften in jenen Gebieten erworben hätten. Es wird sich demnächst um die Prüfung dieser Ansprüche handeln. — — Die Meldungen, daß Stanley und Emin Pascha auf dem Marsche nach Zanzibar seien, haben in England lebhafte Beunruhigung hervorgerufen; da, falls diese Angaben richtig sind, der Verlust der Aequatorialprovinz für die englischen Bestrebungen feststeht. Unklar in den bisherigen Angaben ist nur, welche Bewandtniß es mit der neuerdings behaupteten Gefangennehmung Emin Pascha's durch die Mahdisten hat. Wenn dieselbe schon im August 1888 erfolgt ist, so wird damit das Schreiben Osman Digma's an General Greenfell in Suakim vom 11. Oktober vorigen Jahres bestätigt, welches damals bekanntlich für eine Erfindung der Mahdisten ausgegeben wurde. Das Vordringen der Mahdisten in die Aequatorialprovinz Emin Paschas könnte leicht den Bestrebungen, deren Ziel das Seengebiet ist, unübersteigliche Hindernisse in den Weg setzen und den ostafrikanischen Dingen eine ganz andere Gestalt geben. — — Der erste Theil der heutigen Reichstagssitzung, der durch die Reden zweier hervorragender Juristen, des früheren Obertribunalsraths Dr. P. Reichensperger und des Geh. Justizraths, Professor der Rechte Dr. v. Cuny ausgefüllt wurde, war oratorisch von sehr geringem Interesse. Der Vertreter des Zentrums, Herr Reichensperger, der früher wiederholt für die Verlängerung des Sozialistengesetzes gestimmt hatte, begründete in sehr eingehendem, aber schwer verständlichem Vortrage die völlige Beseitigung des Sozialistengesetzes. Herr v. Cuny, der als Fraktionsredner der Nationalliberalen fungirte, entsprach wenig den Erwartungen, welche in parlamentarischen Kreisen an die angeblich unerschütterlichen Beschlüsse der Nationalliberalen geknüpft worden waren. Wenn die Nationalliberalen die Linie bezeichnen wollten, über welche sie unter keiner Bedingung hinauszugehen entschlossen sind, so war es bedenklich, von vornherein zu konstatiren, daß nach ihrer Meinung ein Vacuum unter keinen Umständen entstehen dürfe, mit anderen Worten, daß wie auch das Schicksal der neuen Vorlage sein möge, die Rückkehr zu dem status quo ante unmöglich sei. In wie weit im Verlaufe der Berathungen den schweren Bedenken, denen Herr v. Cuny bezüglich der Ausweisungen, der Beschwerdekommission u. s. w. Ausdruck gab, Rechnung getragen werden wird, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen. Aber wenn die Konservativen, wie heute die „Kons. Korr.“ ausführt, selbst in der Bewilligung eines dauernden Gesetzes keinen hinreichenden Ersatz für die von der Regierung zugestandenen Milderungen des bestehenden Gesetzes erblicken, also auf weitere Milderungen, wie die Beseitigung der Ausweisungen nicht eingehen wollen, so bleibt nur die Alternative: Annahme der unveränderten Regierungsvorlage oder Verlängerung des bestehenden Gesetzes auf bestimmte Frist. In parlamentarischen Kreisen wird allerdings behauptet, daß im Schoße der nationalliberalen Partei nicht unerhebliche Differenzen in dieser Hinsicht beständen und daß namentlich der Abg. Miquél, der bisher im Reichstage noch nicht wieder erschienen ist, zu denjenigen gehöre, welche die Beseitigung der Ausweisungsbefugniß unter allen Umständen für nothwendig erachten. Der zweite und zweifellos interessantere Theil der Sitzung wurde durch die Liebknechtsche Rede ausgefüllt, die trotz aller äußeren Mäßigung den Triumph der Sozialdemokratie als unmittelbare Folge der herrschenden Politik verkündete. Angesichts der Liebknechtschen Tiraden sollte man in der That wünschen, daß der Sozialdemokratie durch die Aufhebung des Sozialistengesetzes das Piedestal entzogen würde, auf dem sie sich zur Zeit als Sieger und Märtyrer des wahren Sozialismus brüstet. Herr Liebknecht schien durch die Siegeszuversicht, welche er heute zur Schau trug, den Eindruck abschwächen zu wollen, den der Erlaß eines dauernden Gesetzes auf seine Parteigenossen hervorbringen möchte.

— Dem Bundesrath ist ein Antrag der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Rechnungswesen zugegangen, betreffend die Abänderung der Steuervergütigungsscheine für Zucker und Branntwein, und der Branntweinsteuer-Berechtigungsscheine. Derselbe lautet: Der Bundesrath wolle beschließen, daß a) die Giltigkeitsdauer der Branntweinsteuer-Berechtigungsscheine auf 1 Jahr, vom Beginn des auf die Anfertigung derselben folgenden Monats an gerechnet, beschränkt, b) der Wortlaut der Steuervergütigungsscheine für Zucker und Branntwein, so wie der Branntweinsteuer-Berechtigungsscheine in der aus den Anlagen ersichtlichen Weise abgeändert wird.

Am griechischen Hofe.

Ueber die Lebensweise und die Gepflogenheiten am griechischen Hofe, dem unsere Prinzessin Sophie seit letzten Sonntag als Kronprinzessin angehört, hat dieser Tage ein Mitarbeiter der „Köln. Ztg.“ folgendermaßen geplaudert:

König Georg, der heute in der Mitte der Vierziger steht, ist eine schlanke, elegante Erscheinung. Sein fein geschnittenes Gesicht, das ein starker blonder Schnurrbart ziert, ist von liebenswürdigem Ausdruck beseelt und zeigt sehr frische und blühende Farben. Daß sein Haupthaar sehr spärlich ist und die Stirn fast bis zum Wirbel hin freiläßt, darf keineswegs dem Einfluß des Alters zugeschrieben werden. König Georg hat mit zwanzig Jahren geheirathet, aber schon damals war seine Stirn genau so hoch entwickelt, wie sie es heute ist. Der König gilt als ein vorzüglicher Reiter, aber er macht von dieser Fähigkeit keinen sehr ausgiebigen Gebrauch, ebenso wenig wie von den vielen eleganten Hofwagen, die in seinem Marstall stehen. König Georg liebt es, gerade so wie sein Vater, sich möglichst viel zu Fuß in den Straßen seiner Hauptstadt zu bewegen. Wie ein einfacher Bürger geht er dort, so lange er in Athen weilt, fast täglich spazieren, zumeist nur von einer mächtigen Dogge begleitet. Doggen sind auch die Lieblingshunde seines Vaters. Den demokratisch Gesinnten hat diese patriarchalische, bürgerliche Einfachheit anfangs ganz gewaltig imponirt. Sie, die seit Jahrhunderten nur an den rohen Prunk absoluter Despoten gewöhnt waren, konnten sich zuerst kaum darein finden, daß ihr König mitten unter ihnen, ganz allein in bürgerlicher Kleidung, mit einem einfachen runden Hut spazieren ging. Mit den Jahren hat man sich an diese Eigenthümlichkeit gewöhnt, Fürst und Volk haben sich in treuer Anhänglichkeit mit einander verschmolzen, und heute wundert sich Niemand mehr, wenn er dem König ganz allein auf der Straße begegnet. Die Athener begrüßen in solchen Fällen ihren König höflich und ehrerbietig, halten es aber nicht für nöthig, ihrer Verehrung auch noch durch besondere Huldigungen Ausdruck zu geben.

Der Palast des Königs ist drei Stockwerke hoch, aus weißem Marmor erbaut, einfach und ohne besondern architektonischen Charakter in der Vorderseite, aber im Innern sehr reich und geschmackvoll ausgestattet. Den Hauptschmuck des Arbeitszimmers des Königs bildet eine reichhaltige Sammlung von Fahnen aus der Zeit der griechischen Unabhängigkeitskämpfe. Auch die Bilder aller Helden aus jenen sturmbewegten Jahren zieren die Wände des Arbeitszimmers. König Georg hat sich diese Sammlungen gleich nach seinem Regierungsantritt angelegt, und die Griechen fühlten sich natürlich nicht wenig geschmeichelt durch diese Pietät, die man der Erinnerung an ihre große Revolution bewahrte. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger zeigte sich König Georg überhaupt von Anfang an geschickt und weltklug genug, die kleinen Eitelkeiten ebenso wie die berechtigten Wünsche seiner neuen Unterthanen zu schonen und zu berücksichtigen. König Otto hatte den Fehler begangen, sein ganzes Dienstpersonal aus Bayern mitzubringen und auch alle höhern Offizierstellen im griechischen Heere fast ausschließlich mit Bayern zu besetzen, und damit stieß er nicht nur das Volk zurück, sondern beleidigte auch die damals noch lebenden Helden der Revolution, ein Umstand, der nicht wenig zu seinem spätern Sturze beitrug. König Georg dagegen brachte aus Dänemark niemand mit, als jenen Grafen Sponeck, der während der ersten Jahre sein bevorzugter Rathgeber blieb. Sonst bestand sein ganzer Hofstaat, seine ganze Umgebung von je her aus lauter Griechen. Sein Palast ist bewacht von dem Elitekorps der Euzonoi, den einzigen griechischen Truppen, die auch heute noch die malerische Nationaltracht mit dem Fez und der Fustanella beibehalten haben. Die schönsten und größten Leute dieses Elitekorps pflegen den Dienst vor den Gemächern der Königin zu versehen. Das schlichte Haus des Königs ist von prächtigen Gärten umgeben. Der ewig blaue Himmel des Orients, die glänzende Sonne, die malerischen Trachten der Pallikaren, denen niemand den Eintritt in die Gärten ihres Königs versagt, die offenen Wagen der Diplomaten, die sich hier unter den duftenden Orangenbäumen und Palmen begegnen, das alles bildet den farbigen, glänzenden Hintergrund dieses demokratischen Königthums, das seinen stärksten Rückhalt in der Liebe und Anhänglichkeit des Volkes gefunden hat.

König Georg hält sehr viel auf eine gute Küche; seine Tafel wird daher auch wahrhaft königlich geführt. Der König selbst hat den Vorsitz bei den Essen, zu welchen er gern zahlreiche Gäste im Schlosse sieht, einfach, ohne viel Zeremoniell und stets mit bestem Humor. Die Tischgenossen haben sich dabei nur über eine etwas ermüdende Eigenthümlichkeit des Monarchen zu beklagen; dieser liebt es nämlich, nach der Tafel ein Stündchen oder noch länger stehend zu verplaudern, eine Gewohnheit, die nach einem opulenten Mahle für manchen mit gewissen Schwierigkeiten verknüpft ist.

Um die eigentliche Politik kümmert sich der König so wenig als möglich. König Otto verlor seinen Thron hauptsächlich darum, weil er selbst die Zügel der Regierung allzu fest in der Hand halten wollte. König Georg dagegen hat sich überzeugt, daß es ungemein schwierig ist, ein Volk wie das griechische zu lenken, und so überläßt er das Regieren am liebsten seinen Ministern. Mit kluger Vorsicht hat er sich auf diese Weise stets über den schwankenden Sympathieen der leicht beweglichen demokratischen Masse des griechischen Volkes zu halten gewußt.

Bekanntlich haben die drei Garantiemächte dem König für den Fall, daß er seinen Thron nicht behaupten könnte, ein jährliches Einkommen von 12 000 Pfund Sterling ausgesetzt, aber König Georg dürfte kaum noch in die Lage gerathen, hiervon Gebrauch zu machen. Es ist ihm gelungen, seine Dynastie dauernd zu sichern, und durch die Verheirathung seiner beiden ältesten Kinder hat er sich ebensowohl die Unterstützung Rußlands wie auch die wohlwollende Theilnahme Deutschlands zu

— Wie schwach der Reichstag andauernd besucht wird, ergiebt die Thatsache, daß gestern, obwohl die erste Berathung des Sozialistengesetzes auf der Tagesordnung stand, im Hause nur 74 Abgeordnete anwesend waren. Jede Auszählung würde täglich die Beschlußunfähigkeit des Reichstages ergeben.

— Nach endgiltiger Genehmigung des gegenwärtig dem Bundesrath vorliegenden Gesetzentwurfs betreffend Unterstützung einer Dampferlinie nach Ostafrika wird eine Gesellschaft, welche aus mehreren ersten Berliner und Hamburger Bankfirmen, einigen bedeutenden Hamburger Rhedereien und den vorzugsweise am ostafrikanischen Handel betheiligten Häusern besteht, sich um die Zutheilung des Zuschusses bewerben. Die Gesellschaft gedenkt alsdann eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 5 000 000 Mark zu begründen und eine direkte Dampferlinie von Hamburg nach Ostafrika zu schaffen. Nach der „Hamb. Börsenh." interessiren sich die Firmen F. Laeisz, C. Woermann, Wm. O'Swald u. Co. und Hansing u. Co. lebhaft für das Zustandekommen einer solchen direkten und regelmäßigen Verbindung zwischen Deutschland und Ostafrika.

— Die Deutschen in Pondoland auf der von der „Deutschen Handels- und Kolonisations-Gesellschaft Zehlicke und v. Egloff" gegründeten „Farm Wilhelmsburg" haben sich nach dem „Berl. Tgbl." an das Auswärtige Amt in Berlin mit der telegraphischen Bitte gewendet, das Reich möge sich ihrer annehmen, da sie von ihren Auftraggebern in Stich gelassen, aller Mittel entblößt, in Begriff ständen, zu verhungern. Die Gesellschaft hat verschiedene Herren durch die Zusicherung, sie würden in Afrika Stellungen mit gutem Gehalt bekommen, veranlaßt, sich an dem Unternehmen mit Kapital zu betheiligen. An Ort und Stelle angekommen, haben die Herren aber weder Gehalt, noch Lebensmittel bekommen, noch ihr Kapital zurückerhalten.

— Am Freitag, den 1. November, gelangte die neueste Nummer des auf Grund des Sozialistengesetzes verbotenen Londoner „Sozialdemokrat" an die sämmtlichen, ungemein zahlreichen Berliner Abonnenten desselben innerhalb weniger Stunden prompt und pünktlich zur Vertheilung, ohne daß die Berliner Polizei es zu verhindern vermochte oder auch nur eine Ahnung davon zu haben schien. An der Spitze des Blattes stand die an die Gesinnungsgenossen im zweiten Berliner Wahlkreise gerichtete Forderung, den aus den Posener Sozialistenprozessen bekannten Buchbinder Konstantin Janiszewski zum Kandidaten für den Reichstag aufzustellen. Und am Abend des folgenden Tages fand auf Tivoli eine von etwa 4000 Personen besuchte Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den zweiten Berliner Reichstagswahlkreis statt, welche Janiszewski mit allen Stimmen gegen eine zum Kandidaten dieser Partei für diesen Wahlkreis proklamirte, trotzdem derselbe in Berlin den größeren Massen ganz unbekannt ist; trotzdem von Denen, die ihn empfahlen, selbst zugegeben wurde, daß er kein Redner ist und daß er durch sechsjährige Kerkerhaft an Körper und Geist etwas gelitten habe; trotzdem ein Theil der Parteimitglieder das Gefühl hat, daß damit dem bisherigen sozialdemokratischen Kandidaten dieses Wahlkreises, dem Berliner Stadtverordneten Tutzauer, der immer eine sehr ansehnliche Stimmenzahl auf sich vereinigt hat, ein Unrecht geschehe. Auch halten manche Parteimitglieder die jetzige Kandidatur für einen taktischen Fehler, weil viele Wähler, welche einem Tutzauer oder Singer vielleicht ihre Stimme gegeben hätten, sie dem Polen und radikalen Sozialisten Janiszewski nicht geben werden. Dieser ganze Vorgang ist ein Beweis von einer unübertrefflichen Organisation und beispiellos festen Disziplin der heutigen Sozialdemokratie. Beide sind durch das Sozialistengesetz geschaffen. Vorher ging niemals die Aufstellung einer Kandidatur so glatt, da ging ihr meist ein längerer, öffentlich geführter Kampf verschiedener Meinungen voraus. Die „Kreuzzeitung" sieht in der Aufstellung dieser Kandidatur mit Recht den vollständigen Sieg der „radikalen" Richtung unter den Berliner Arbeitern. Janiszewski ist in der That der Vertreter einer Richtung, wie sie so radikal vor Erlaß des Sozialistengesetzes in der gesammten deutschen Sozialdemokratie noch gar nicht vorhanden war, und er ist zugleich, wie wir aus Posen erfahren, einer der größten Fanatiker dieser Richtung, welche es giebt. Die Tutzauer, Singer und selbst Bebel und Liebknecht sind heute fast einflußlos auf die jetzige sozialistische „Berliner Bewegung". Die „Kreuzztg." meint, die Sozialdemokratie nehme angesichts der bevorstehenden Verhandlungen über das Sozialistengesetz eine geradezu herausfordernde Stellung ein, und das Blatt scheint geneigt, dieselbe durch möglichst große Strenge zu beantworten. Dadurch würde aber nur bewirkt werden, daß diese radikale fanatische Richtung allenthalben zur alleinherrschenden würde. Jetzt sind noch innerhalb der Sozialdemokratie größere Meinungsverschiedenheiten vorhanden als innerhalb jeder anderen Partei, und diese Meinungsverschiedenheiten würden sofort hervortreten, wenn die eiserne Klammer des Sozialistengesetzes, welche die Partei zusammenhält und der radikaleren Richtung innerhalb derselben ein immer größeres Uebergewicht giebt, beseitigt würde.

Militärisches.

— **Vom 1. Armeekorps** stand bisher die zweite Division in Danzig; nach Inkrafttreten des neuen Etats wird das Stabsquartier desselben in Königsberg i. P. sein, wo sich bereits das Generalkommando und die erste Division befinden. Nach Danzig kommt das Generalkommando des neuen XVII. Armeekorps, außerdem ein Divisionsstab desselben, wahrscheinlich der 35. Division. Die andere Division des neuen Armeekorps (36.) soll der „Post" zufolge nach Graudenz kommen, nicht wie bisher allgemein geglaubt wurde, nach Thorn. Das neue Armeekorps in Metz (XVI.) wird seine beiden Divisionsstäbe ebenda haben, die 30. Division wie bisher und die neue 34.

Aus der Provinz Posen
und den Nachbarprovinzen.

—i. **Gnesen**, 5. November. [Verschiedenes.] In der letzten Stadtverordnetensitzung legte der bisherige Stadtverordneten-Vorsteher Boeder sein Amt nieder. Derselbe ist in Folge seiner Wahl in den Magistrat in derselben Sitzung als Magistratsmitglied eingeführt worden. Zum Stadtverordneten-Vorsteher wurde gleichzeitig der Gymnasialdirektor Dr. Methner gewählt. — Die Aussicht, daß nach hier ein Kavallerie-Regiment, sowie ein Brigadestab und eine Eisenbahn-Bauabtheilung verlegt werden soll, hat in unserer Stadt eine freudige Erregung in den Unternehmungen hervorgerufen. Es werden bereits von Kapitalisten Bauplätze zum Aufbauen von Wohnhäusern und eines Theaters gesucht.

Lokales.

Posen, 6. November.

* **Aenderungen im Rundreise-Verkehr.** Von den Eisenbahn-Verwaltungen der deutschen Bundesstaaten, sowie der namhaftesten Privat-Eisenbahn-Verwaltungen ist zum 1. Dezember d. J. eine weitere Erleichterung des Rundreise-Verkehrs in Aussicht genommen worden. Die zusammenstellbaren Rundreise-Billets, welche bisher nur für wirkliche Rundreisen verabfolgt wurden, sollen von diesem Zeitpunkt ab auch für Hin- und Rückfahrt auf der nämlichen Strecke ausgegeben werden, vorausgesetzt, daß auch in diesem Falle der Reiseweg mindestens 600 Kilometer beträgt. Der Eisenbahnminister macht diese Erleichterungen öffentlich bekannt.

* **Wichtig für Miether und Vermiether.** Nach einer in höherer Instanz gefällten Gerichtsentscheidung ist Miether wie Vermiether strafbar, wenn das Beziehen eines Neubaues vor Ablauf von 9 Monaten nach Abnahme des Rohbaues erfolgt ist und eine Untersuchung durch den betreffenden Polizeibezirks-Physikus nicht stattgefunden hat.

d. **Die polnischen Erwerbs- und Wirthschafts-Genossenschaften** in Westpr. hielten am 4. und 5. d. Mts. in Thorn eine Generalversammlung ab, welche von Dr. Rzepnikowski aus Löbau geleitet wurde. Vertreten waren 14 Genossenschaften. Die Tagesordnung war dieselbe, wie die in den vor Kurzem in Posen und Gnesen abgehaltenen Generalversammlungen: Annahme der Statuten des Verbandes der polnischen Genossenschaften, Bildung eines Revisionsverbandes, Beschluß über das Patronat 2c.

d. **Auf den Fuhrwerken** sollen bekanntlich nach einer Regierungs-Polizeiverordnung die Namen des Besitzers und des Ortes angegeben werden. Darüber nun, ob diese Bezeichnung ausschließlich in deutscher, oder auch in polnischer Sprache erfolgen kann, sind die Ansichten verschieden; die Verwaltungsbehörden verlangen gemäß dem Amtssprachengesetz ausschließlich die deutsche Sprache, während die polnischen Besitzer häufig polnische Namen anbringen und behaupten: das Amtssprachengesetz käme hierbei nicht in Betracht. Die Gerichte sind divergirender Ansicht hierüber; eine endgiltige richterliche Entscheidung in höchster Instanz giebt es bis jetzt noch nicht. Für den Kreis Schrimm ist nun vom Landrathsamte eine Polizeiverordnung erlassen worden, nach welcher die Namen stets in deutscher Sprache und in deutscher Schreibweise auf den Fuhrwerken anzubringen sind. Der „Dziennik Pozn." protestirt gegen die Giltigkeit einer derartigen Polizeiverordnung.

* **Schonzeit für Krebse.** In der Zeit vom 1. November bis zum 31. Mai einschließlich ist der Fang von Krebsen in allen nicht geschlossenen Gewässern verboten. Gelangen Krebse während der angeordneten Schonzeit lebend in die Gewalt des Fischers, so sind dieselben mit der zu ihrer Erhaltung erforderlichen Vorsicht sofort wieder in das Wasser zu setzen. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden mit Geldbuße bis zu 150 Mark oder Haft bestraft.

* **Flurbeleuchtung.** In einem Hause der Friedrichstraße mußten gestern einzelne Treppen zwangsweise beleuchtet werden.

* **Von einem Strolch überfallen** wurde gestern Abend ein Sergeant in der Jesuitenstraße. Er erhielt von demselben mehrere Hiebe über den Kopf. Darauf ergriff der Angreifer die Flucht.

* **Zwangsweise desinfizirt** wurde gestern Mittag auf dem Wilhelmsplatz ein Wagen, welcher mit übelriechenden Knochen beladen war.

* **Aus dem Polizei-Bericht.** Verhaftet wurde gestern ein 14 Jahre alter Schulknabe, welcher einer Dame aus der Kleidertasche das Portemonnaie entwendete. Zugelaufen sind gestern eine große graue Hündin Grabenstraße Nr. 13 und ein schwarzer Teckel im Restaurant Kobylepole auf dem Wilhelmsplatz.

Handel und Verkehr.

** **Die neuen Getreide-Tarif-Maßregeln des russischen Finanzministers gegen Kursk-Kiew und Warschau-Wien.** Bei Gelegenheit der durchgreifenden Aenderung, welche neuerdings die Russischen Eisenbahntarife für Getreide-Frachten erfahren haben und durch welche die bisherigen Ausfuhrtarife bereits seit dem 15./27. September durch neue ersetzt sind, hat nach der Mittheilung der „Magdeburger Zeitung" der Finanzminister kürzlich durch einen Erlaß angeordnet, daß im Getreideverkehr innerhalb Rußlands die Lokaltarife am 1./13. November und die Tarife im direkten Verkehr am 15./27. November außer Kraft treten, beziehungsweise durch neue abgelöst werden sollen. Gleichzeitig hat der Minister bestimmt, daß die zur Beförderung von Getreidefrachten im Russisch-Ungarisch-Oesterreichischen Verkehr bestehenden Tarife zum 8./20. Oktober, sowie diejenigen des Warschau-Königsberger Verkehrs zum 15./27. Oktober zu kündigen sind. Wyschnegradski geht bei der Einführung seiner Tarifneuerungen gegen die Eisenbahn-Gesellschaften energisch vor. Es war ihm die Befugniß ertheilt, für den Fall, daß eine Eisenbahn-Gesellschaft seine Anordnungen nicht rechtzeitig befolgen sollte, zwecks Einführung der neuen Tarife das Erforderliche direkt anordnen zu dürfen. Von dieser Ermächtigung hat er bereits gegen die Schuja-Iwanowo-Eisenbahn-Gesellschaft Gebrauch gemacht. Die Verwaltung der letzteren war der Anforderung des Ministers, ihm bis zu einer bestimmten Frist einen Entwurf neuer Tarife im lokalen Getreideverkehr zu unterbreiten, nicht nachgekommen. In Folge dessen hat der Minister ohne Zuziehung der genannten Verwaltung die Aufhebung der fraglichen Tarife für den inneren Getreide-Verkehr der Schuja-Iwanowo-Eisenbahn zum 1./13. November d. J. veröffentlicht und sich vorbehalten, in einem weiteren Erlaß die neuen Ersatztarife bekannt zu geben. Noch schärfer ist Wyschnegradski gegen die Kursk-Kiewer Eisenbahngesellschaft vorgegangen. Die Verwaltung derselben hatte noch vor Kurzem zur Widerlegung von gewissen Gerüchten erklärt, daß, abgesehen von der bekannten ministeriellen Anordnung wegen Zahlung des Beitrages zu den Kosten der Beaufsichtigung, regierungsseitig gegen die Gesellschaft keine Ersatzansprüche gestellt seien. Um so größeres Aufsehen macht jetzt die Meldung, daß der Minister zur Begleichung von Unregelmäßigkeiten in Tarifsachen von der Kursk-Kiewer Eisenbahngesellschaft die Zahlung von etwa 200 000 R. verlangt. Nach russischen Blättern soll sich diese Forderung auf einen geheimen Tarifvertrag beziehen, der eine Reihe von Jahren hindurch zwischen der Kursk-Kiew und der Südwestbahn-Gesellschaft bestanden hat. Darin verpflichtet sich letztere der ersteren für die Güter, welche ihr auf Grund eines gewissen Tarifs zugeführt würden, eine bestimmte Vergütung zu zahlen. Der Minister nehme nun jetzt Bezug auf ein Gesetz, welches die Regierung ermächtigt, solche sogenannten „Ueberzahlungen" zu beschlagnahmen. Da im Uebrigen bezüglich dieser Angelegenheit noch keine amtliche Auslassung erschienen ist, bedarf die obige Nachricht vielleicht noch der Bestätigung. Einen wenig angenehmen Eindruck macht die Wahrnehmung, daß der Finanzminister mit Ersatzansprüchen besonders diejenigen Eisenbahn-Gesellschaften, deren Aktien sich zumeist im Besitz von Ausländern befinden, heimsucht. In welcher Weise die Dividenden der Großen Russischen Eisenbahn-Gesellschaft durch die ihr auferlegte Schadenzahlung von 15 Millionen Rubel zurückgeschraubt worden sind, ist bekannt. Neuerdings hat der Finanzminister die Kursk-Kiewer und die Warschau-Wiener Eisenbahn-Gesellschaft aufs Korn genommen. Letztere wird nicht nur durch die neuen Tarife, welche die Einfuhr auf das Aeußerste erschweren sollen, sondern auch durch die zu Gunsten der Iwangorod-Dombrowaer Eisenbahn vom Minister eingeleiteten Maßregeln mit Verlusten bedroht.

** **Breslau**, 2. November. [Wollbericht der Handels-Kammer.] Im abgelaufenen Monat Oktober betrugen die Umsätze am hiesigen Platze ca. 2000 Zentner größtentheils Wollen mittlerer Gattung. Käufer waren deutsche Fabrikanten und Kommissionäre für das In- und Ausland. Bei fester Stimmung haben Preise gegen den Vormonat kaum eine Aenderung erfahren. Die Umsätze in ungewaschenen Wollen betrugen ca. 4000 Zentner, welche von Fabrikanten, Wollwäschereien und theilweise für Kammzwecke zu festen unveränderten Preisen gekauft wurden. Auch wurden ca. 600 Zentner Schur-

---

gewinnen gewußt, ein Ergebniß, für welches ihm das hellenische Volk stets dankbar bleiben wird. König Georg behindert seine Griechen so wenig wie möglich in dem ungestörten Genuß ihrer durch harte Kämpfe errungenen Freiheiten. Er läßt sie disputiren, so lange dadurch die Ordnung nicht gestört und die Sicherheit des Vaterlandes nicht gefährdet wird, aber dieselbe Freiheit beansprucht er auch für seine eigene Person. Man kann sich denken, daß ein König in einer Hauptstadt von nur 100 000 Einwohnern auf die Dauer ein etwas einsames und eintöniges Leben führen muß, und besonders war das in jenen ersten Jahren der Fall, in denen das Regiment des Königs Georg noch nicht so recht Wurzel gefaßt hatte im griechischen Volke. Von jener Zeit her datirt die Gewohnheit des Königs, alljährlich etwa neun Monate lang im Auslande zu verweilen und in weiten Reisen die verschiedenen Höfe zu besuchen, zu welchen er in engen verwandtschaftlichen Beziehungen steht. Im Auslande ist König Georg stets von dem Obersten Hadjipetros, einer kolossalen Soldatenfigur, begleitet, welchen der König mit seiner besondern Zuneigung beehrt und der seinerseits dem Könige in treuester Anhänglichkeit ergeben ist.

Die Wintermonate verlebt König Georg zumeist in Athen und er verweilt dann mit Vorliebe in seiner Villa in Dekeleia oder Tatoi, die etwa drei Stunden von der Hauptstadt entfernt liegt. Zuweilen bewohnt er auch die schöne Villa Monrepos auf der Insel Korfu. Hin und wieder, wenn er einmal ausnahmsweise während des Sommers in Athen bleibt, verweilt er gern in dem reizenden Seebade Phaleron, das um diese Zeit der Sammelplatz der ganzen aristokratischen Gesellschaft Athens ist. Doch bietet sich den Badegästen nicht bloß die köstliche Luft, die kühl und erfrischend vom Meere herüber weht, sondern es fehlt an dem elektrisch beleuchteten Strande auch nicht an allerlei sonstigen Vergnügungen, unter denen die Vorstellungen eines französischen Theaters in erster Linie zu nennen sind. Ist der **König im Auslande**, so sucht er stets so wenig wie möglich Aufsehen zu machen, denn er liebt es, unbeachtet und unbeobachtet zu bleiben. Jeder, der die Ehre hat, mit ihm in nähere Berührung zu treten, weiß die lebendige Anregung seiner Unterhaltung zu schätzen, die stets ein reiches Wissen und ein warmes Interesse für alle Künste und Wissenschaften verräth.

Die Gemahlin des Königs, Königin Olga, erfreut sich in Athen nicht minder der freudigsten Liebe und Verehrung ihrer Unterthanen. Die Königin, eine Tochter der russischen Großfürstin Konstantin, hat sich diese Liebe in reichstem Maße durch ihre tiefe und echte Frömmigkeit, durch ihre stille und eindringliche Fürsorge für Wohlthätigkeitsanstalten aller Art zu erwerben gewußt. Mit besonderer Antheilnahme widmet sich die hohe Frau dem Krankenhause Evangelismos, in welchem eine große Anzahl Betten von der Königin selbst gestiftet worden sind. Königin Olga besucht dieses Krankenhaus in der Woche mindestens zwei Mal und erkundigt sich stets in theilnehmendster Weise bei den einzelnen Kranken nach ihrem Befinden und ihren Wünschen. Außerdem hat die Königin durch die Gründung eines Vereins zur Beschäftigung armer Frauen der ganzen Hausindustrie Athens einen mächtigen Aufschwung gegeben. Dieser Verein liefert heute die kunstvollsten Stickereien und prächtigen Nationaltrachten, mit denen er fast ausschließlich den ganzen Markt versorgt.

Die winterlichen Vergnügungen der vornehmen Gesellschaft Athens standen bisher im engsten Zusammenhange mit den gesellschaftlichen Veranstaltungen des Hofes, ja, mehr oder weniger war die Athener Aristokratie eigentlich ausschließlich auf diese letzteren angewiesen. Ein ständiges Theater besitzt Athen erst seit Kurzem, Dank der Freigebigkeit des Herrn Syngros, eines reichen Privatmannes, der auf seine Kosten das prächtige neue Nationaltheater erbauen ließ. Hier hofft man in Zukunft ständige Opernaufführungen zu haben, und man setzt bei der Gestaltung des Repertoires auf den jungen nationalen Komponisten Samara, der sich durch seine Opern „Medjé" und „Flora mirabilis" bereits so vortheilhaft eingeführt hat, ganz besonrede Hoffnungen. Bisher aber gipfelten die winterlichen Vergnügungen, wie gesagt, vornehmlich in den Hofbällen, welche im Laufe der Saison die aristokratische Gesellschaft Athens ziemlich häufig in den eleganten Salons des königlichen Schlosses versammelte. Wie überhaupt am griechischen Hofe, so herrschte auch auf diesen Bällen durchaus nicht jenes streng abgemessene Zeremoniell, wie es anderen europäischen Höfen üblich ist. Auf den Hofbällen in Athen waren beispielsweise alle Tänze gestattet, die auch bei bürgerlichen Tanzvergnügungen üblich zu sein pflegen, während an anderen Höfen nur ganz bestimmte Tänze, in erster Linie Polonaisen und Quadrillen, Geltung haben. Es scheint, daß die Anwesenheit so vieler Fürstlichkeiten gelegentlich der Hochzeitsfeier auch am griechischen Hof eine Beschränkung der bisher üblichen Grundsätze mit sich bringen wird. In erster Linie ist die Mazurka auf den Index gesetzt worden, dafür soll aber die Polonaise eingeführt werden, die bisher auf einem Hofball in Athen noch niemals getanzt worden ist. Außerdem sollen jetzt auch dort die Quadrillen besonders bevorzugt werden, doch werden sich die jungen Herren der athenischen Aristokratie bei dem zunächst bevorstehenden Hofball wohl auch hierbei nur aufs Zuschauen beschränken müssen, da die Polonaise diesmal nur von fürstlichen Herrschaften getanzt werden soll. Aber nicht nur die Qualität, sondern auch die Quantität der Tänze wird auf den Hofbällen in Athen in Zukunft eine sehr wesentliche Veränderung erfahren. Bisher brauchte die Tanzlust der Jugend sich auf diesen Hofbällen keinerlei Zwang aufzuerlegen, denn es wurde stets bis zum frühen Morgen getanzt. Von nun aber wird dem Hofzeremoniell die Bestimmung eingefügt werden, daß der Tanz bereits um Mitternacht zu beenden ist. Ob die athenischen Damen von diesen Neuerungen sehr erbaut sein werden, ist immerhin zweifelhaft.

---

und Gerber-Zackelwollen von in- und ausländischen Fabrikanten zu festen, unveränderten Preisen aus dem Markte genommen.

Amtlicher Marktbericht der Marktkommission in der Stadt Posen

vom 6. November 1889.

Gegenstand.			gute W. M.	Pf.	mittel W. M.	Pf.	gering. W. M.	Pf.	Mitte. M.	Pf.
Weizen	höchster	pro 100 Kilogramm	—	—	17	70	17	30	17	33
	niedrigster		—	—	17	50	16	80		
Roggen	höchster		—	—	16	20	15	90	15	95
	niedrigster		—	—	16	—	15	70		
Gerste	höchster		—	—	15	20	14	70	14	73
	niedrigster		—	—	15	—	14	—		
Hafer	höchster		16	50	15	90	15	20	15	65
	niedrigster		16	10	15	70	14	50		

Andere Artikel.

	höchst. M.	Pf.	niedr. M.	Pf.	Mitte. M.	Pf.		höchst. M.	Pf.	niedr. M.	Pf.	Mitte. M.	Pf.
Stroh (pro 100 Kilo)							Bauchfleisch (pro 1 Kilo)	1	20	1	—	1	10
Richt-	7	50	7	—	7	25	Schweinefl.	1	40	1	30	1	35
Krumm-	—	—	—	—	—	—	Kalbfleisch	1	20	1	10	1	15
Heu	6	50	6	25	6	38	Hammelfl.	1	20	1	10	1	15
Erbsen	—	—	—	—	—	—	Speck	1	80	1	60	1	70
Linsen	—	—	—	—	—	—	Butter	2	20	1	80	2	—
Bohnen	—	—	—	—	—	—	Rind. Nierentalg	1	—	—	80	—	90
Kartoffeln	3	—	2	—	2	50	Eier pr. Schock	3	—	2	90	2	95
Rindfl. v. d. Keule v. 1 kg	1	40	1	20	1	30							

Marktbericht der Kaufmännischen Vereinigung

Posen, den 6. November.

Pro 100 Kilogramm.

	feine W.	mittl. W.	ord. W.
Weizen	18 M. 20 Pf.	17 M. 50 Pf.	16 M. 60 Pf.
Roggen	16 „ 40 „	16 „ 20 „	16 „ — „
Gerste	16 „ 40 „	14 „ 50 „	13 „ — „
Hafer	16 „ — „	14 „ 80 „	14 „ 10 „
Kartoffeln	2 „ 60 „	2 „ — „	— „ — „

Die Marktkommission.

Posener Wochenmarkt.

s. Posen, 6. November.

Der Zentner Roggen bis 8,10 M., Weizen 8,50–9 M., Gerste 7–8 M., Hafer 7,50–8 M. Der Heu- und Strohmarkt war schwach befahren. Das Schock Stroh wurde mit 40 M. bezahlt. Heu nur in Bunden angeboten a Bund 20–25 Pf. Auf dem Neuen Markt standen heute nur 9–10 Wagen mit Aepfeln zum Verkauf, die kleine Tonne wurde mit 1,12–1,50 M. bezahlt. Das Angebot wurde heute bei regem Begehr rasch geräumt. Die Krautzufuhr auf dem Alten Markt war von bedeutendem Umfange; die Mandel 35–50 Pf. Ungleich geringer war die Kartoffelzufuhr; der Zentner rothe 1,30 höchstens 1,40 M. Wrucken der Zentner 1,10–1,20 M. Geflügel in großer Menge. Gänse im Preise von 3,75–8,50 M. Ein Paar Enten 1,80 bis 3,25 M. Ein Paar Hühner 1,20 bis 2,75 M. Ein Paar junge Tauben 60 bis 70 Pfennig. Puten von 4,50 bis 6,50 Mark. Eier knapp; die Mandel 75 bis 80 Pfennig. Schockweise billiger. Das Angebot war bald vergriffen. Butter deckte heute nicht den Bedarf, die Qualität mangelhaft. Die Preise 1 bis 1,10 M. pro Pfund, geringe Kochbutter 90 Pf. Aepfel im Ueberfluß, das Pfund 10–20 Pfennige. Gemüse genügend und billig. Rettige, ein Bund 4–5 Pf. Allerlei Küchenwurzelzeug in Bunden von 5–8 Pf. Ein Kopf Blumenkohl 10–40 Pf. Der Auftrieb auf dem Viehmarkte in Fettschweinen war ziemlich stark, doch fehlten Speckschweine. Die Preise pro Pfund Lebend-Gewicht von 46–48 Mark. Jungschweine und Ferkel nicht angeboten. Hammel reichlich, das Pfund Lebend-Gewicht von 18–20 Pfennige. Kälber sehr knapp. Rinder, im Ganzen 7–8 Stück, im Preise bis zu 23 Mark pro Zentner Lebend-Gewicht. Der Markt war gut besucht. Das Pfund Mittel-Hechte 60 65 Pf., mittelgroße Bleie 30 Pfennige, Schleie 50 Pf., Aale sehr knapp, das Pfund 1,20 M., Karpfen 65–75 Pf. Krebse, die Mandel 40 bis 60 Pf. Das Angebot in Fleischwaaren aller Art von großem Umfange. Der Markt war von Käufern gut besucht. Geschäft reger. Das Angebot auf dem Sapiehaplatze in Geflügel mäßig. Gänse im Preise von 3,75 bis 8,50 Mark. Gänse, im Gewicht von 10–12 Pfund, das Pfund 65–70 Pf. Ein Paar Enten von 2–3 M. Hühner, von 1,20–3 M., ein Paar große schwere Hühner 3 M. Butter knapp, das Pfund 1 bis 1,15 M. Die Mandel Eier 80 Pfennige. Wild, nur Hasen und Rebhühner. Ein Hase 2 bis 3,50 Mark. Ein Paar Rebhühner 1,80–2 M. Der Markt war von Käufern schwach besucht, das Geschäft matt.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 6. November. Kalnoky ist Vormittags um neun Uhr nach Wien abgereist.

Paris, 6. November. Die „Débats“ besprechen die Nichttheilnahme des französischen Ministerresidenten in Kairo am Empfange des Prinzen von Wales in Kairo und kommen auf die Verpflichtung Englands, Egypten zu räumen, zurück; sie sagen, die egyptische Frage, welche sie nicht aus den Augen gelassen, werde wieder aufgenommen werden. Die Frage werde bis zu ihrer Lösung vielleicht zu keinen ernsten Störungen führen, aber dazu beitragen, den Zustand des Unbehagens zwischen England und den anderen Mächten fortbestehen zu lassen. Die Reise des Prinzen von Wales nach Kairo sei mindestens eine überflüssige Kundgebung.

London, 6. November. Die Deputation der Eigenthümer der Lichterschiffe, welche gestern eine Besprechung mit dem Lordmayor, dem Kardinal Manning und dem Deputirten Burton gehabt hat, bezeichnete in derselben die Forderungen der Lichterschiffarbeiter als unbillig. Die Konferenz wurde sodann bis heute vertagt, wo Delegirte der Lichterschiffarbeiter an der Besprechung theilnehmen sollen. Die Zahl der Strikenden beläuft sich auf 5000 bis 6000.

London, 6. November. Nach einer anderweit unbestätigten Meldung des Bureau „Reuter“ verlautet in Zanzibar gerüchtweise, Peters sei mit dem ganzen Gefolge außer einem Europäer und einem Somali von Masais oder Somalis niedergemetzelt worden. Die zwei Ueberlebenden, welche verwundet sind, sollen sich in Ngao befinden.

Kiel, 6. November. Der Dampfer „National“ mit der Planktonexpedition hat heute Morgens Skagen passirt und wird am Donnerstag Vormittag in Kiel eintreffen.

New-York, 6. November. Bei den gestrigen Staatswahlen siegten die Demokraten in New-York, Maryland, Virginia, Ohio und New-Jersey mit geringer, in Iowa mit bedeutender Mehrheit.

Melbourne, 6. November. Das englische Kriegsschiff „Royalist“ hat mehrere Dörfer auf den Salomoninseln bombardirt, wo unlängst von Eingeborenen der Engländer Nelson ermordet und mit drei eingeborenen Knaben verzehrt worden war. Die Bewohner der Dörfer flüchteten in das Gebirge.

Börse zu Posen

Posen, 6. November. [Amtlicher Börsenbericht.]

Spiritus. Gekündigt —.— L. Kündigungspreis (50er) 50,40, (70er) 30,80. (Loko ohne Faß) (50er) 50,40, (70er) 30,80.

Posen, 6. November. Börsenbericht.

Spiritus still. (Loko ohne Faß) (50er) 50,40, (70er) 30,80.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 6. November. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein).

			Not. v. 5.					Not. v. 5.	
Weizen fest					**Spiritus** fest				
pr. Novbr.-Dezbr.	183	—	183	25	unverst. mit Abgabe				
„ April-Mai 1890	191	50	191	—	v. 50 M. loco o. F.	51	60	51	70
Roggen fester					„ Novbr. Dezbr.	50	30	50	30
„ Novbr.-Dezbr.	167	50	167	—	unverst. mit Abgabe				
„ April-Mai 1890	168	50	167	25	v. 70 M. loco o. F.	32	10	32	10
Rüböl höher					„ Novbr.-Dezbr.	31	—	30	70
pr. April-Mai	64	20	63	20	„ April-Mai 1890	32	—	31	80
Hafer fester					„ November	31	40	31	20
pr. April-Mai 1890	157	—	156	50					

Kündig. in **Roggen** 400 Wspl. — Kündig. in **Spiritus** —,000 Ltr.

			Not. v. 5.					Not. v. 5.	
Deutsche 3½% Reichsa.	102	80	102	80	Russ. 4½% Bdkr. Pfdbr.	97	50	97	50
Konsolidirte 4% Anl.	106	70	106	80	Poln. 5% Pfandbr.	62	40	62	80
Pos. 4% Pfandbriefe	100	70	100	70	Poln. Liquid.-Pfdbr.	57	25	57	40
Pos. 3½% Pfandbr.	100	10	100	25	Ungar. 4% Goldrente	86	70	86	75
Pos. Rentenbriefe	104	30	104	25	Oestr. Kred.-Akt. ultimo	168	10	168	80
Oestr. Banknoten	171	55	171	40	Oestr.-Fr. Staatsb. ultimo	103	80	102	20
Oestr. Silberrente	73	60	73	70	Lombarden ultimo	55	50	55	80
Russ. Banknoten	212	40	212	95	**Fondstimmung**				
Russ. konf. Anl. 1871	—	—	—	—	schwach				

Ostpr. Südb. E. S. A.	93	75	94	75	Pos. Provinz. B. A.	117	70	118	—
Mainz Ludwighf. dto.	126	20	126	20	Landwirthschft. B. A.	—	—	—	—
Marienb. Mlawka dto	66	10	66	50	Pos. Spritfabr. B. A.	99	—	100	—
Mekl. Franzb. Friedr.	164	10	164	10	Berl. Handelsgesellsch	194	25	195	90
Warsch.-Wien. E. S. A.	190	50	191	30	Deutsche B. Akt.	172	50	173	40
Galizier E. St. Akt.	—	—	81	50	Diskonto Kommandit	239	2	239	90
Russ 4% konf. Anl. 1880	93	—	93	10	Königs- u. Laurahütte	169	10	170	60
dto. 6% Goldrente	—	—	113	90	Dortm. St. Pr. La. A.	129	—	129	20
dto. zw. Orient. Anl.	64	80	65	20	Inowrazl. Steinsalz	53	—	51	—
dto. Präm.-Anl. 1866	—		—	—	Schwarzkopf	285	25	288	—
Italienische Rente	93	60	93	50	Bochumer	234	—	235	25
Rum. 6% Anl. 1880	106	80	106	80	Gruson	211	—	212	50

Nachbörse: Staatsbahn 10390 Kredit 168 10 Diskonto-Kom. 239 10 Russische Noten 211 70 (ultimo)

Stettin, den 6. November. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.)

			Not. v. 5.					Not. v. 5.	
Weizen fester					**Spiritus** ruhig				
Nov.-Dez. a. Usan.	181	50	180	—	unverst. mit Abgabe				
Nov.-Dez. neue „	—	—	—	—	v. 50 M. loco o. F.	50	60	50	80
April-Mai a. Usance	187	—	186	—	unverst. mit Abgabe				
April-Mai neue „	—	—	—	—	v. 70 M. loco o. F.	31	—	31	10
Roggen fester					pr. Novbr.-Dezbr.	30	20	30	20
Nov.-Dez. a. Usan.	162	—	161	50	pr. April-Mai	31	40	31	40
Nov.-Dez. neue „	—	—	—	—	**Rüböl** animirt				
April-Mai a. Usance	164	—	163	—	pr. Novbr.-Dezbr.	69	50	68	50
April-Mai neue „	—	—	—	—	pr. April-Mai	64	—	62	50
					Petroleum ruhig	12	15	12	15

Petroleum loco versteuert Usance 1¼ %.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 5. November, Morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nach d. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.		Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	753	SSW	3	bedeckt	8
Aberdeen	744	S	2	wolkig	3
Christiansund	752	S	2	wolkig	7
Kopenhagen	756	SSW	2	Nebel	8
Stockholm	762	SO	2	bedeckt	6
Haparanda	761	SW	2	Regen	3
Petersburg	769	SSO	1	Nebel	2
Moskau	771	SO	1	bedeckt	1
Cork, Queenst	756	WSW	4	Regen	10
Cherbourg	761	NW	2	wolkig	10
Helder	757	SW	2	bedeckt	9
Sylt	754	WSW	3	halb bedeckt	8
Hamburg	758	W	2	bedeckt	8
Swinemünde	759	SSW	3	Dunst	8
Neufahrwasser	760	S	2	Dunst	6
Memel	763	SO	3	bedeckt	5
Paris	759	N	1	bedeckt	8
Münster	759	SW	2	bedeckt	8
Karlsruhe	761	NO	1	bedeckt	7
Wiesbaden	760	still		bedeckt	7
München	763	S	2	halb bedeckt	2
Chemnitz	762	S	2	halb bedeckt	7
Berlin	760	SW	2	bedeckt	7
Wien	765	still		Nebel	5
Breslau	763	S	3	bedeckt	8
Ile d'Aix	759	NNW	6	Regen	11
Nizza	764	ONO	4	wolkig	10
Triest	765	still		bedeckt	12

Skala für die Windstärke.

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Ein Minimum liegt nördlich von Schottland, eine Theildepression über Frankreich; am höchsten ist der Luftdruck über Rußland. Bei schwacher südlicher Luftströmung ist das Wetter über Central-Europa mild und trübe, vielfach ist etwas Regen gefallen. In der Südhälfte von Frankreich haben ausgedehnte, stellenweise starke Regenfälle stattgefunden. Ile d'Aix meldet 22 mm Regen.

Deutsche Seewarte.

* **Wasserstand der Warthe.** Telegramm aus Pogorzelice vom 5. November cr.: 2,02 Meter, vom 6. Novbr. cr.: 2 Meter.

2. Klasse 181. Königlich Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 5. November 1889. — 2. Tag Nachmittag.

Nur die Gewinne über 105 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

42 147 74 204 463 515 57 682 906 9 14 34 1101 396 531 757 65 2002 242 54 64 355 66 409 47 574 641 74 792 816 3062 123 38 247 372 441 503 99 657 68 825 42 46 957 58 66 84 94 4026 525 647 706 24 60 78 968 81 5332 (150) 42 421 656 767 817 900 49 80 6031 37 94 222 23 387 474 508 21 39 601 7 26 (300) 742 873 (200) 966 7015 207 8 72 95 396 545 53 98 653 55 912 54 65 8198 213 540 80 600 11 34 79 865 91 908 42 (500) 92 9027 171 95 201 324 87 616 845 908 56

10034 379 410 36 566 82 659 771 974 11133 306 47 50 73 90 455 571 (150) 630 731 907 12 62 12032 125 (150) 37 50 259 303 9 445 503 12 49 625 890 923 30 13069 89 95 225 354 441 86 958 (200) 65 14296 (150) 331 91 98 532 49 620 71 760 77 801 89 (3000) 959 15018 22 218 350 72 496 539 92 616 96 708 45 88 974 16048 341 419 68 86 505 55 92 688 807 41 963 17061 135 221 (150) 361 618 61 709 27 37 87 18091 374 99 622 75 733 47 82 845 19064 87 158 265 79 84 307 82 478 500 608 865 91

20083 180 267 90 366 502 53 701 80 99 850 931 21095 110 26 45 244 428 592 608 836 42 77 91 22075 238 61 72 331 65 493 584 (150) 642 714 64 940 (150) 23236 57 91 374 549 605 20 715 24023 166 665 91 779 918 25122 80 209 302 6 417 34 64 92 654 86 881 26009 17 26 92 364 65 413 590 673 790 98 898 939 27092 236 41 334 403 624 865 87 28139 60 219 326 56 413 26 938 29044 50 120 47 433 49 63 539 805 67 73 94

30098 214 394 (200) 566 633 58 72 925 31081 182 292 526 772 90 828 60 96 32020 27 39 41 43 232 386 607 764 803 939 (150) 59 95 33024 62 133 64 378 401 24 573 660 (200) 83 786 978 34107 39 84 85 241 67 400 42 580 615 35055 136 58 99 599 609 70 719 (150) 27 86 913 39 36022 35 110 95 (300) 208 328 405 30 59 581 652 708 857 906 55 37028 93 164 293 374 78 517 76 811 995 (150) 38048 174 482 676 808 35 64 910 39280 86 493 605 17 69 918

40000 21 147 203 13 85 389 477 517 62 680 708 14 98 851 942 53 79 41034 226 395 460 581 692 (3000) 918 (150) 40 53 71 42119 259 319 82 489 537 98 743 (150) 80 835 58 909 43093 106 39 278 (150) 92 361 (200) 89 689 781 945 61 84 44060 151 247 71 334 35 (150) 422 578 82 618 82 795 906 54 45016 86 131 91 273 356 422 57 81 543 80 83 699 926 (150) 46187 299 421 46 70 539 669 730 851 903 47033 94 98 205 374 721 45 61 824 45 956 48137 42 377 87 625 895 923 79 49031 103 9 226 88 301 5 76 468 560 849 951

50388 578 926 51613 841 52049 280 98 359 440 65 74 77 84 98 512 30 730 913 28 53149 241 60 771 932 54290 357 92 566 70 (150) 80 774 99 901 55003 139 242 401 54 60 62 539 47 85 726 808 22 969 73 56219 373 81 86 463 640 840 916 30 (300) 75 85 57002 27 54 136 67 262 301 49 92 424 813 917 42 (150) 43 58002 156 209 34 323 493 514 643 829 63 943 88 59131 218 457 79 809 44 54

60002 108 399 436 49 544 83 701 65 828 61057 173 (150) 274 524 943 62005 119 27 59 82 297 308 510 11 39 797 948 63363 66 447 549 739 822 66 928 64098 239 374 80 564 659 92 769 97 834 43 929 91 65069 199 (150) 279 440 95 (150) 510 784 800 32 93 66005 92 98 106 427 554 68 939 83 67051 54 158 73 (150) 297 379 405 569 726 45 839 71 952 68215 359 91 454 61 (150) 532 611 711 944 69054 118 67 292 358 78 425 51 54 504 15 92 97 802 59 64

70093 132 237 76 311 19 24 78 655 73 754 68 931 87 71046 421 677 867 72086 91 112 305 414 563 602 903 32 89 (150) 73013 124 56 457 72 87 501 662 726 43 (150) 54 982 74085 133 55 215 25 625 30 55 94 740 75002 21 231 62 63 99 422 44 56 64 609 704 23 99 814 65 922 90 76040 293 599 603 767 68 (150) 911 80 77581 642 716 53 813 14 50 917 38 95 78076 81 143 202 69 77 81 426 600 783 835 94 (500) 79054 131 52 90 221 382 555 66 711 23 30 57 74

80025 215 46 314 588 772 877 907 53 97 81039 62 114 29 71 254 (200) 69 319 88 589 92 605 732 811 51 905 48 82085 122 276 350 73 434 (150) 38 50 94 518 726 803 27 72 937 (150) 62 83303 5 74 611 734 824 30 79 84010 114 45 616 38 45 846 57 946 53 84 85041 310 29 48 449 517 611 89 706 876 86021 30 96 200 47 395 437 67 524 31 675 928 41 87097 386 425 505 47 50 905 88019 31 178 297 301 43 462 528 31 34 678 730 937 89116 61 266 396 418 (150) 503 6 659 707 96 817 83 907

90022 431 516 20 787 96 836 82 915 18 40 46 63 91006 104 6 87 294 310 30 593 (150) 839 92212 316 22 481 99 524 56 984 93014 81 535 (300) 805 7 907 54 94203 39 312 454 608 29 778 848 931 32 95102 9 26 82 333 408 65 755 939 96012 118 22 257 445 48 594 620 946 94 97490 650 59 731 59 846 98079 198 244 371 (300) 641 65 760 803 40 71 76 914 69 99006 95 274 364 515 64 635 712 904 85

100024 74 90 419 29 67 505 721 857 968 101084 215 85 88 548 649 99 776 946 82 83 102124 44 208 37 60 325 41 51 61 75 98 419 88 626 65 73 93 787 946 65 103023 174 202 63 71 97 394 459 706 806 939 104183 340 91 400 528 624 68 750 829 (200) 78 929 39 105080 132 245 344 56 426 (150) 621 721 97 868 931 72 106118 248 321 676 87 756 69 839 107163 273 355 83 486 571 79 620 753 108346 70 558 714 27 821 25 109013 61 416

110023 31 201 397 417 76 111095 385 684 767 837 996 112164 74 238 337 (150) 87 412 31 663 733 113055 240 501 75 93 853 977 97 114028 50 103 322 417 511 928 115150 68 81 281 85 450 66 97 116282 411 31 92 568 614 92 721 913 53 117071 301 98 579 741 58 70 804 87 118023 140 238 56 57 345 (500) 443 520 73 (200) 601 797 (150) 119040 57 60 106 92 218 385 518 64 (200) 792 825 945

120029 73 328 77 647 95 702 80 886 912 121101 263 (150) 333 406 68 86 536 644 48 77 834 937 51 122020 313 49 461 585 648 702 94 801 31 (150) 81 905 123174 98 207 9 71 (200) 306 515 32 62 995 124024 118 278 332 481 513 631 58 61 744 989 125045 183 298 515 635 762 887 (150) 900 13 62 126222 367 93 669 823 31 (150) 127041 83 207 17 373 81 483 91 760 128250 63 365 81 400 (150) 522 610 14 65 850 129175 86 281 384 440 69 92 501 3 626 49 71 701 51 928

130016 36 114 32 37 219 53 429 512 620 62 (200) 75 78 778 972 131109 98 269 77 505 635 760 923 132026 203 357 453 547 651 730 973 133180 221 88 89 355 401 705 41 82 824 75 134067 79 106 210 51 321 65 90 93 413 532 53 657 68 715 27 841 973 135019 102 30 71 262 69 355 443 561 68 737 891 919 136079 267 532 708 821 40 46 901 85 95 137013 252 332 527 609 838 906 23 (300) 91 138040 145 550 53 623 921 72 139097 144 384 445 945 (150) 80

140044 131 218 510 735 79 141074 182 403 528 72 623 57 91 741 810 28 29 44 61 73 932 38 89 142089 116 (150) 84 279 309 445 51 608 10 70 893 916 89 143336 416 78 690 760 73 83 89 801 (150) 926 44 144230 413 145014 29 47 134 580 754 (150) 904 (200) 146000 29 146 218 598 714 994 147006 13 114 53 67 74 88 229 89 315 20 (150) 405 17 50 (150) 75 80 98 508 42 44 650 58 782 862 148079 180 211 70 417 509 600 30 973 149074 318 34 (300) 48 481 520 607 76 756 67 936 62

150061 405 574 (300) 962 70 89 93 151003 37 96 181 216 335 (200) 78 79 615 152156 340 520 38 662 723 847 58 153103 24 208 35 351 459 610 95 725 869 940 154110 46 207 69 317 42 58 533 75 616 745 48 155141 56 (5000) 288 311 64 89 408 716 874 924 78 96 156035 50 176 212 483 501 82 753 84 970 157036 59 326 (150) 64 428 77 615 926 158069 171 285 435 56 96 515 29 50 680 741 999 159057 91 357 430

160060 237 (300) 383 432 584 675 706 905 26 (150) 161208 21 (200) 76 422 531 46 609 711 15 18 822 67 938 162002 35 69 131 217 (200) 469 547 756 163227 40 320 39 85 527 37 682 801 22 43 90 918 164139 87 350 83 453 519 42 761 958 165139 42 343 65 481 516 809 69 99 927 166042 300 541 56 801 904 167068 217 382 93 472 592 601 742 52 168071 212 391 452 58 80 610 31 46 169038 189 209 71 512 643 96 735 66 (150) 809 940

170189 202 379 561 85 643 783 171014 36 110 41 334 52 80 578 98 883 172004 106 423 532 828 173098 150 58 266 86 431 556 663 805 7 174035 (150) 58 (300) 190 260 375 (200) 451 99 745 90 93 941 175125 (150) 225 43 63 382 548 651 790 951 83 176025 346 469 72 542 43 608 27 848 177070 98 158 67 242 481 685 87 807 96 902 178051 115 256 71 303 36 53 73 467 621 63 701 816 73 934 179108 58 217 76 404 731 47 812 31 928 53

180089 136 73 98 389 459 520 (150) 76 677 181153 60 65 206 446 766 811 30 53 79 937 182040 128 55 211 45 515 667 720 (150) 859 64 183091 177 619 835 184118 70 251 72 317 470 92 95 544 680 956 185058 72 194 327 71 86 461 530 604 27 63 747 825 63 91 93 186039 83 296 316 28 462 768 807 49 75 78 79 919 23 187124 223 81 397 420 55 513 20 90 630 42 84 91 706 895 944 57 97 188061 64 165 257 377 402 532 706 836 69 189143 203 83 347 440 538 768 861 66 70 970 72 (300)

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Comp. (A. Röstel) in Posen.